

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Le Monde - Bericht zur Lage der Nation; International Herald Tribune - Das Gespenst auf dem Schloßwall; Europa in der Krise; Les Echos - Paris gegen Washington; The Financial Times - Die Schattenseiten des Bilateralismus; Business Week - Henry Kissinger und die Ökonomie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1974) : Blick in die Weltpresse: Le Monde - Bericht zur Lage der Nation; International Herald Tribune - Das Gespenst auf dem Schloßwall; Europa in der Krise; Les Echos - Paris gegen Washington; The Financial Times - Die Schattenseiten des Bilateralismus; Business Week - Henry Kissinger und die Ökonomie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 2, pp. 102-103

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134649>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Kommentare zu Themen, die in den vergangenen Wochen in der Weltpresse einen breiten Raum einnahmen.

Le Monde

Bericht zur Lage der Nation

Paris, 1. 2. 1974: Da seine wichtigsten ehemaligen Mitarbeiter vermutlich als Angeklagte vor Gericht erscheinen müssen, einige bereits im Gefängnis sitzen und er selbst bedroht wird, hatte Nixon keine andere Alternative, als diese Probleme beiseite zu schieben und die Parole für das Jahr 1974 auszugeben. Unter diesen Umständen konnte kaum angenommen werden, daß dieser rituelle Bericht sich durch Originalität und Inspiration auszeichnen würde. Er verriet in der Tat den Wunsch, alle diese widrigen Ereignisse zu ignorieren und statt dessen der Energiekrise mit allen ihren wahrscheinlichen Folgen kaltblütig die Stirn zu bieten . . . Das Klima aber ist ungünstig sowohl für teure Reformen, wie z. B. eine allgemeine Krankenversicherung, als auch für drakonische Sparmaßnahmen, die bei aller Berechtigung Teile der Wählerschaft ihres gewohnten Lebensstils berauben würden.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Das Gespenst auf dem Schloßwall

Paris, 1. 2. 1974: Präsident Nixons Bericht zur Lage der Nation war eine beachtliche Leistung. In vielem war er beeindruckend, ein Bericht echter Erfolge und großer Hoffnungen. Deprimierend wurde er aber durch das, was ungesagt blieb, sogar nachdem das Manuskript beiseite gelegt wurde und Mr. Nixon sich dem Kernproblem zuwandte.

Es ist nicht notwendig, des Präsidenten eigener Darstellung zu folgen, um die Tatsache zu akzeptieren, daß die vergangenen und gegenwärtigen Taten seiner Regierung auf dem Gebiet der Außenpolitik zu sachlich begründeten Hoffnungen auf eine gesicherte Position Amerikas in den heutigen Krisen berechtigt. Unmaßgeblich ist auch die Billigung von Nixons Innenpolitik während seiner ersten Amtsperiode für die Erkenntnis, daß die in

dem Bericht niedergelegten Prioritäten – seine Betonung konstruktiver Maßnahmen in der Energiewirtschaft sowie für Erziehung und Ausbildung und neuer Ansätze in der Wohlfahrts-, Gesundheits- und Verkehrspolitik – den Bedürfnissen der Nation gerecht werden. Und vielleicht am begrüßenswertesten wäre unter jeder anderen Präsidentschaft die erklärte Bereitschaft, bei der Lösung dieser Probleme eng mit dem Kongreß zusammenzuarbeiten.

Aber gerade hier liegt das größte Hindernis . . . Während der ersten vierzig Minuten seines Berichts war es unmöglich, nicht ständig daran zu denken, daß etwas fehlte. Es war zwar keine Hamletaufführung ohne den Prinzen von Dänemark – was vordergründig fehlte, aber die Gedanken der Zuhörer beherrschte, war das Gespenst: das böse Omen, das etwas faul war im Staate. Und als Nixon in jenen letzten Minuten dem Gespenst entgegentrat . . . sprach er tatsächlich mit Hamlet: „Rest unquiet spirit“ – aber es gab keinerlei Anzeichen dafür, daß er die schreckliche Botschaft wirklich verstanden hat.

Europa in der Krise

Paris, 4. 2. 1974: Die Ökonomen Europas haben ihre früheren apokalyptischen Prognosen über die Auswirkungen der Energiekrise revidiert. In relativ optimistischer Stimmung glauben sie nun eher an eine erheblich niedrigere Wachstumsrate als an eine tatsächliche Rezession, an eine hohe Inflationsrate und eine ungünstige Handelsbilanz – beides zwar schlimm genug, aber nicht katastrophal. Sicherlich, Italien und besonders England sind von Unheil bedroht, und der wichtigste Faktor für die meisten Kalkulationen – die Erdölversorgung – ist höchst unberechenbar. Aber dennoch scheinen die unmittelbaren wirtschaftlichen Aussichten für die Staaten des Gemeinsamen Marktes viel weniger hoffnungslos als vor ganz kurzer Zeit zu sein.

Trotzdem ist die EG als Einheit in einer Krise. Die EG-Kommission veröffentlichte eine Erklärung, erst im Ton, grimmig in ihren Implikationen, und offensichtlich durch Tatsachen untermauert . . . In einer Krise des Vertrauens, des Willens und der Vernunft muß Europa mit einer ganz neuen Situation fertig werden.

Wird Europa dieser Krise als eine einige Gruppe von Staaten entgegentreten, deren wechselseitige Abhängigkeit Zusammenarbeit unentbehrlich

macht und deren Kooperation die Stärke jedes einzelnen vervielfachen kann, oder wird jeder seinen eigenen Kurs fortsetzen? Falls dem so ist, dann könnten einige kurzfristig davon profitieren, während andere darunter zu leiden haben — aber am Ende werden alle schlechter daran sein, weil sie eine Idee, einen gemeinsamen Apparat und ein gemeinsames Ziel verloren haben. Die Kommission erkennt das zwar, gilt das aber auch für die Regierungen, für die sie doch angeblich sprechen soll?

Les Echos

Paris gegen Washington

Paris, 30. 1. 1974: Ohne ein Minimum an Vorsichtsmaßnahmen lavierend, scheint — wenigstens für einige Wochen — Frankreich Europa den Rücken zu kehren, um sein Glück am Persischen Golf zu versuchen. Aber gerade als Jobert nach Saudi-Arabien aufbrechen wollte, zeigte Kissinger mit Bedacht seine Mißbilligung . . . Unter diesen Umständen scheint eine Konfrontation zwischen Washington und Paris fast unausweichlich zu sein, da ihre Konzeptionen auf allen Ebenen kollidieren — der taktischen, der energiewirtschaftlichen und der wirtschaftspolitischen. Wird Herr Jobert, der seinen Konkurrenten um einige Längen voraus ist, es schaffen, wesentliche und irreversible Vorteile zu erringen? . . . Wir werden schnell handeln müssen, denn unsere Rivalen werden nicht untätig bleiben! Im Falle des Erfolges wird Frankreich für einige Zeit das gute Funktionieren seiner Wirtschaft gesichert haben. Der Preis hierfür wird aber wohl nicht nur eine neue Verzögerung der Stärkung Europas, sondern auch eine Schwächung der atlantischen Solidarität sein.

THE FINANCIAL TIMES

Die Schattenseiten des Bilateralismus

London, 4. 2. 1974: Es ist ein wenig schwierig, vernünftige Gründe für Frankreichs ablehnende Haltung gegenüber Präsident Nixons Einladung zu entdecken. Falls die internationale Ölkrise lösbar ist, kann sie nur durch multilaterale Kooperation gemeistert werden. Die Franzosen haben sich lange dem widersetzt, was sie die amerikanische Hegemonie nennen. Bisher gibt es aber keinerlei Anzeichen dafür, daß die USA beabsichtigen, in der Konferenz von Washington ihre Ansichten der übrigen Welt aufzudrängen: Ganz im Gegenteil ist ihre Tagesordnung sehr flexibel, und die Administration scheint sich nicht einig zu sein, ob sie den Ölproduzenten gegenüber eine harte oder nachgiebige Position einnehmen soll.

Die französische Behauptung, daß die Washingtoner Konferenz auf die Errichtung eines Verbraucherkartells gegen die Interessen der Produzenten hinausläuft, hält einer näheren Prüfung ebenso wenig stand. Selbst wenn der heutige Stand der Ölpreise als *fait accompli* behandelt wird, haben die Verbraucher langfristig ein gemeinsames Interesse an der Entwicklung alternativer Energiequellen und kurzfristig eine gemeinsame Verantwortung für die Behandlung der monetären und zahlungsbilanzpolitischen Konsequenzen der Preiserhöhungen. Diese Probleme sind derartig kompliziert, daß nur eine nicht zu große Gruppe von Ländern sie mit Aussicht auf Erfolg diskutieren kann.

BUSINESS WEEK

Henry Kissinger und die Ökonomie

New York, 19. 1. 1974: Als verhängnisvoll kann es sich erweisen, daß Henry Kissinger in einem geschichtlichen Augenblick Außenminister geworden ist, da die für die amerikanische Außenpolitik entscheidenden Probleme wirtschaftlicher Natur sind. Niemand kann dem 50jährigen ehemaligen Harvard-Professor etwas vorwerfen, wenn es um die Behandlung komplizierter Probleme geht, zu denen die nukleare Strategie, die Détente mit Moskau oder Peking oder, wie gerade jetzt, die schwierigen Details gehören, die mit der Trennung der israelischen und ägyptischen Truppen am Suezkanal verbunden sind. Aber seine Mitarbeiter geben zu, daß Kissinger wirtschaftliche Probleme nicht zu den eigentlichen, geschweige den wichtigsten Aufgaben der Außenpolitik zählt.

Das ärgerliche an dieser Einstellung ist, daß sie die neuen außenpolitischen Realitäten ignoriert. Immer mehr Länder neigen dazu, ihre nationalen Interessen ebenso unter Aspekten wirtschaftspolitischer wie politischer oder militärischer Macht zu definieren. Der arabischen „Ölwanne“ kann bald der Einsatz der „Bauxitwanne“ oder der „Kupferwanne“ durch andere Länderblöcke folgen.

Von noch größerer Bedeutung ist aber, daß mit der Störung der amerikanischen Beziehungen zu Kanada, Westeuropa und Japan in erster Linie lästige Handels- und Zahlungsprobleme verbunden sind, die Kissinger langweilen . . . Seine Kritiker meinen, daß er diese Abneigung, mit wirtschaftlichen Angelegenheiten befaßt zu werden, überwinden müsse. Niemand erwartet von ihm, daß er ein Experte für internationale Wirtschaftsprobleme werde oder daß er die traditionellen politischen und militärischen Aspekte der Diplomatie vernachlässigen solle. Aber viele Beobachter sind der Ansicht . . ., daß Kissinger als Außenminister zu einem Anachronismus werden könnte, wenn er wirtschaftliche Fragen nicht ernster nimmt.